

22.55

Abgeordnete Ulrike Weigerstorfer (STRONACH): Frau Präsidentin! Herr Minister! Hohes Haus! Wir haben es gehört: Es gibt offensichtlich keine Partei, die sich offiziell für GVO im Lebensmittelbereich ausspricht. Und das ist auch sehr gut so. Erinnern möchte ich aber an Folgendes: Neben der offiziell kommunizierten Position Österreichs zu GVO gibt es eine andere offizielle österreichische Interessenvertretung, die sich auf EU-Ebene im Namen Österreichs sehr wohl **für** Gentechnik eingesetzt hat. Im Zuge der vierten TTIP-Verhandlungsrunde, das war Anfang März 2014, hat Greenpeace geleakte Positionspapiere von Verbänden aus 19 europäischen Ländern zu TTIP veröffentlicht. Und siehe da: Darin kritisieren die Wirtschaftsverbände die zögerliche Gentechnikzulassung in der EU. In diesem Schreiben wurde explizit darauf hingewiesen, dass die Plattform auch für eine Organisation aus Österreich spricht, nämlich für die Wirtschaftskammer!

Im Zuge dessen ist es natürlich besonders wichtig, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag zusammengebracht haben. Im ursprünglichen Antrag der FPÖ wurde ja ein nationales Anbauverbot der umstrittenen Maissorte 1507 und der Einsatz des Bundesministers für ein generelles Einfuhrverbot von Genmais gefordert. – Als kleinsten Nenner beschlossen haben wir etwas, das sowieso klar sein sollte, nämlich eigentlich den Status quo.

Herr Kollege Höfinger, ich glaube, gerade bei GVO müssen wir TTIP dazu ansprechen, denn im Hinblick auf CETA und TTIP ist es besonders wichtig, diese vielzitierten roten Linien des Herrn Ministers vehement zu verteidigen und das **Vorsorgeprinzip** zu wahren.

Zu Mais, Sojabohnen und Baumwolle: In den USA sind heute mehr als **90 Prozent** dieser Nutzpflanzen auf den Äckern gentechnisch verändert. Kennzeichnung gibt es dort kaum beziehungsweise gar nicht. Wäre da nicht die Investorenschutzklausel beziehungsweise die Klagsmöglichkeit, könnte man natürlich sagen: Ja, das wird der Markt schon selber regulieren; man kauft es nicht!

Aber wir alle wissen: Monsanto und Co sind, was das betrifft, nicht gerade zimperlich. Klagen gegen Kleinbauern sind genauso Tagesgeschäft wie manipulierte Studien. Im Jänner hat Monsanto sogar eine Klage gegen den US-Staat Kalifornien eingereicht, weil Kalifornien den Wirkstoff Glyphosat, der im Pestizid **Roundup** von Monsanto enthalten ist, auf eine Liste krebserregender Stoffe setzen wollte. Dies würde zu einer Kennzeichnungspflicht führen – und das wollen die überhaupt nicht. Zuvor hatte die

Internationale Agentur für Krebsforschung Glyphosat als **wahrscheinlich krebserrregend** eingestuft.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass wir da sehr, sehr vorsichtig sein müssen. Und in Anbetracht von TTIP und CETA finde ich es sehr, sehr gut, dass wir hier Vorsichtsmaßnahmen treffen.

Dieser Antrag, den wir gemeinsam einbringen, ist ein sehr, sehr guter. Auch wir unterstützen natürlich zu 100 Prozent den Antrag von Herrn Pirkhuber, der das noch auf Futtermittel zusätzlich ausweitet.

Nochmals: Das ist ein Thema, wo wir sehr, sehr vorsichtig sein müssen, eben gerade im Hinblick auf TTIP und CETA. – Danke. *(Beifall beim Team Stronach sowie bei Abgeordneten der Grünen.)*

22.59

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Pock. 2 Minuten Redezeit. – Bitte.